

# **Regierungserklärung von Ministerpräsident Günther H. Oettinger**

## **zur Halbzeitbilanz der 14. Wahlperiode**

**vor dem Landtag von Baden-Württemberg  
am 1. Oktober 2008**

*- Auszug aus dem Plenarprotokoll -*

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Mit dieser Halbzeitbilanz lege ich Ihnen namens der Landesregierung Rechenschaft über unsere Arbeit seit der letzten Landtagswahl ab. Ich will aufzeigen, wo wir stehen, was wir erreicht haben und was die Schwerpunkte der nächsten zweieinhalb Jahre sein werden. Dies soll dem Hohen Haus Gelegenheit geben, mit uns zu beraten, Kritik anzubringen und über Ideen dazu, welcher Weg Baden-Württemberg hilft, zu streiten. Wir stellen uns ausdrücklich diesem Wettbewerb.

Vor zweieinhalb Jahren haben wir erklärt, dass die wichtigste Pflichtaufgabe die der Haushaltskonsolidierung werden wird. Baden-Württemberg steht im Ländervergleich ordentlich da. Aber auch wir haben 35 Jahre lang in guten Jahren wie in schlechten Jahren über unsere öffentlichen Verhältnisse gelebt. Baden-Württemberg hat 41,5 Milliarden € Gesamtschulden angehäuft, und wir haben in Jahren der Rezession wie 2003 und 2004 jährlich 2 Milliarden € neue Schulden gebraucht, um den Haushalt auszugleichen. Dass dieser Weg kein Weg der Zukunft sein konnte, war jedem klar. Dennoch haben uns die wenigsten im Juni 2006 die Einhaltung der Koalitionsvereinbarung zugetraut, in der klar stand: 2011 machen wir erstmals keine neuen Schulden mehr; fünf Jahre brauchen wir dafür.

Wir haben dieses Ziel früher erreicht – dank einer guten wirtschaftlichen Lage und einer guten Konjunktur, aber auch aufgrund der Zumutungen, die man bundesweit

den Bürgern durch Steuererhöhungen abverlangt hat – ich erinnere an die Erhöhung der Umsatzsteuer um drei Prozentpunkte –, und aufgrund verschiedener Einsparungen, die in Baden-Württemberg maßvoll und ohne Kahlschlag möglich gewesen sind. Deshalb können wir Ihnen sagen, dass in diesem Jahr – das Jahr ist zu drei Vierteln vorbei – an jedem Tag jede Aufgabe und jede Ausgabe durch Einnahmen aus Steuern, Abgaben, Gebühren und Beiträgen, aber ohne den Weg zur Bank, ohne neue Schulden finanziert werden konnte.

Dies nenne ich die wichtigste Pflichtaufgabe unserer Politikgeneration. Wir wollen den Weg aus der Schuldenfalle konsequent gehen. Heute können wir Vollzug melden – zumindest haben wir drei Jahre früher als geplant den ersten Haushalt ohne neue Schulden aufgestellt. Wir haben ihn nicht nur aufgestellt, sondern wir vollziehen ihn auch: Wir werden am Jahresende sagen können, dass Baden-Württemberg nach 35 Jahren bei 41 Milliarden € Gesamtschulden erstmals ein volles Haushaltsjahr seine Aufgaben mit Einnahmen und ohne neue Schulden finanzieren kann.

Daneben haben wir – ebenfalls wie angekündigt – eine Sicherung für künftige Pensionsausgaben gegründet. Dies soll eine starke Säule zur Entlastung künftiger Haushalte von Pensionsausgaben werden. Wir haben 500 Millionen € in einen Pensionsfonds einbezahlt. Das Geld trägt Früchte, trägt Zinsen, die im Fonds bleiben. Ab dem 1. Januar nächsten Jahres – dies wird im Haushaltsentwurf der Regierung enthalten sein – werden wir für jede Beamtin und jeden Beamten, die neu zu uns kommen, die neu Staatsdiener werden, einen Betrag von 500 € im Monat in den Fonds einbezahlen. Einzahlungen von 6 000 € jährlich für jeden neuen Beamten werden einen weiteren Beitrag dazu leisten, dass Pensionsausgaben finanzierbar und damit Zusagen an künftige Pensionäre in Baden-Württemberg einhaltbar sind.

Wir haben aus den guten Steuereinnahmen dieses Jahres schon jetzt eine erste nennenswerte Altschuldentilgung realisiert. Dies ist in dieser Form im Ländervergleich einmalig. Wir nutzen Steuergelder der Bürger in Höhe von 350 Millionen €, und damit haben wir erstmals den Höchstbetrag an Altschulden nicht nur gedeckelt und eingehalten, sondern auch abgesenkt. Wir zahlen in diesem Jahr bei den Banken einen beachtlichen dreistelligen Millionenbetrag zugunsten unserer Kinder und Enkelkinder und der Handlungsfähigkeit der Politik von morgen zurück.

Ich kann dem Hohen Haus zusagen, dass Ihnen der Finanzminister den Haushalt 2009 so vorlegen wird, dass auch im nächsten Jahr keine neuen Schulden notwendig sind und Baden-Württemberg im zweiten Jahr in Folge einen Haushaltsausgleich erreicht und damit einen zweiten Schritt, einen nennenswerten weiteren Schritt aus der Schuldenfalle gehen kann.

Wenn Sie einmal die Haushaltsjahre 2008 und 2009 betrachten, können Sie sehen, was allein durch zwei konsequente Jahre der Haushaltspolitik Ende des nächsten Jahres im Vergleich zu Anfang dieses Jahres erreicht sein wird: Beim Vergleich der Gesamtschulden zum Haushaltsumfang hat Anfang dieses Jahres die Gesamtschuldenlast 127 % des Haushaltsumfangs – 41,5 Milliarden € in Relation zu 32 Milliarden € – ausgemacht. Diese Zahl wird sich, weil die Haushaltsvolumina jährlich steigen und die Schulden gedeckelt sind, leicht abgesenkt sind, von 127 % auf 120 % relativieren. Jahr für Jahr ging in der Vergangenheit die Sprengkraft der Gesamtschulden im Vergleich zur Haushaltsdimension um drei Prozentpunkte nach oben. Im nächsten

Jahr geht sie um sieben Prozentpunkte nach unten. Wir haben diese Sprengbombe schon jetzt um sieben Prozentpunkte entschärft und wollen diesen Kurs fortsetzen, damit im nächsten Jahrzehnt für unsere Kinder, für die älteren Bürger und in absehbarer Zeit für künftige Parlamentarier Handlungsfähigkeit in Baden-Württemberg gegeben bleibt.

Wir haben diese solide Haushaltspolitik langfristig abgesichert, und zwar zum einen durch das Neuverschuldungsverbot. In der Landeshaushaltsordnung stellen wir sicher, dass unser Land im Regelfall auf Dauer keine neuen Schulden machen darf. Wir haben zum anderen Rücklagen für Haushaltsrisiken gebildet – dies war mir wichtig –, indem wir z. B. vertragliche Verpflichtungen für Baden-Württemberg eingehen: Baden-Württemberg 21 als Großprojekt, die Bildungsoffensive als zweites Projekt, der Umbau unserer Familienförderung als drittes Projekt und auch die Dienstrechtsreform. Dafür werden wir nicht nur die Mittel im Haushalt abbilden, die im ersten Jahr der Investition und Reform notwendig sind. Vielmehr finanzieren wir das Ganze für einige Jahre durch. Unsere Bildungsoffensive ist durchfinanziert.

Die Mittel in Höhe von 530 Millionen €, die wir für Kinder und Bildung ausgeben, finanzieren wir aus Steuereinnahmen 2008, damit der Haushaltsausgleich auch in den nächsten Jahren bei geringerem Wirtschaftswachstum möglich bleibt. Wir wollen mit möglichst wenig Risiken in die Haushaltszukunft gehen.

Dabei üben wir Augenmaß und bleiben berechenbar. Nicht mit der Rasenmähermethode oder durch einsame Entscheidungen in der Villa Reitzenstein sind unsere Sparbemühungen möglich geworden. Nein, sie wurden in vielen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Gruppen des vorpolitischen Raums entwickelt und einvernehmlich akzeptiert. Das „Bündnis für die Jugend“, der „Solidarpakt Sport“, der „Solidarpakt Hochschulen, Hochschulmedizin und Berufsakademien“, der Staatskirchenvertrag, die Vereinbarungen mit den Kommunen, all dies zeigt auf, dass wir nicht Ober und Unter spielen, sondern dass wir auf Augenhöhe denen, die davon berührt sind, eine Planungssicherheit geben, damit deren Arbeit auch in Zukunft erfüllbar ist. Wir laden nicht Schulden auf andere ab. Wir sanieren nicht das Land zu Lasten der Kommunen. Wir haben erreicht, dass ganz Baden-Württemberg diesen Sparkurs verkraften kann und trotzdem eine bürgerfreundliche und dienstleistende Politik aller Beteiligten möglich bleibt.

Schauen Sie in diesen Wochen allein einmal die Kommunalfinanzen an. Viele von Ihnen sind als Stadträte, Gemeinderäte, Kreisräte, Bürgermeister oder Landräte vor Ort. Wir haben seit längerer Zeit keine Klagelieder mehr aus den Rathäusern gehört. Die Kämmerer, Landräte und Bürgermeister bringen ihre Haushaltsentwürfe in die Kommunalgremien ohne Wehklagen gegen das Land ein. Den Kommunen in Baden-Württemberg geht es sehr ordentlich und einigen sogar sehr gut.

Die Kommunen können Schulden tilgen und können investieren. Die Kommunen sehen im Land einen fairen Partner. Deswegen biete ich schon heute den kommunalen Verbänden in Baden-Württemberg in absehbarer Zeit, 2009, neue Verhandlungen über einen zweiten Pakt mit den Kommunen für Planungssicherheit ab dem 1. Januar 2011 an. Wir wollen nicht unseren Haushalt zu Lasten Dritter sanieren. Die Vertreter von Sport, Kultur, Sozialem, Ökologie, die Kommunen, die Kirchen bleiben Part-

ner. Wir sind gemeinsam auf einem schwierigen, aber erfolgreichen und gerechten Weg. Dies wird auch in Zukunft die Richtschnur der Landesregierung sein.

Machen wir uns zum Thema „Haushalt und Wirtschaft“ nichts vor. Noch ist die Dimension des „Schwarzen Montags“, ist das Ausmaß der Finanzkrise der weltweiten Finanzmärkte überhaupt nicht absehbar. Deswegen glaube ich, dass man in diesem Hohen Haus auch einmal über die Aufgaben, die in Deutschland entstehen, entlang der Finanzmarktkrise kurz sprechen soll.

Seit einem Jahr haben wir eine Krise, die von Privatimmobilien aus Nordamerika kommt. Mehrfach haben kluge Wissenschaftler und Bankenmanager gemeldet: Alles im Griff! Talsohle erreicht! Oder gar: Talsohle durchschritten!

Heute sehen wir, dass wir noch lange nicht am Ende des Weges sind, dass wir weiterhin mit schlechten Nachrichten rechnen müssen und deswegen Vorsicht, Solidität, Augenmaß und Handlungsfähigkeit der Politik im Bereich der Bankenwirtschaft und der Wirtschaft generell notwendig sind.

Dass am Montagabend im Kongress das 700- Milliarden-Dollar-Paket – vom Präsidenten vorgelegt und mit beiden Präsidentschaftskandidaten besprochen – abgelehnt worden ist und morgen ein zweiter Anlauf hierzu mit ungewissem Ausgang kommt, zeigt mir, dass die Weltmacht Amerika in Bezug auf Wirtschaft und Ordnung an Gewicht verliert. Wir erleben derzeit, dass eine große Nation wirtschaftlich und politisch schlank und schwach geworden ist.

Europa hat einen Auftrag, und zwar mehr denn je. Wenn wir erreichen wollen, dass sich das Zentrum für Wirtschaft und Politik nicht schnurstracks von New York und Washington aus nach Russland und Asien verlagert, muss Europa jetzt geschlossen handeln und seiner Verantwortung gerecht werden. Wir haben mit einem starken Euro, einer starken Währung, und einer stabilen Demokratie Aufgaben und Verantwortung für die ganze Welt. Ich baue darauf, dass dies mit einer starken Bundesregierung, die in Europa konstruktiv mitwirkt, in den nächsten Monaten auch sichtbar wird.

Es hat sich gezeigt, dass die Wirtschaftsstruktur Amerikas in weiten Bereichen marode ist; schauen Sie nur auf den Fahrzeugbau oder den Maschinenbau. Es hat sich gezeigt, dass die Bankenstruktur Amerikas mit Spezialbanken, Investmentbanken, die auf einem hohen Risiko aufbauen, die hohe Gewinne machen, aber für Verluste nicht verantwortlich sind, marode aufgebaut war. Es hat sich gezeigt, dass unser europäisches System, dass unsere Ordnungspolitik im Grunde genommen zukunftsweisend ist. Von ehemals fünf amerikanischen Investmentbanken bestehen drei nicht mehr. Stolze Adressen, vor denen mancher Banker aus Deutschland bisher hin und wieder stramm stand, sind weg. Die letzten zwei, Morgan Stanley und Goldman Sachs, werden zu ganz normalen Banken. Das heißt, das Investmentbanking hat sich überlebt.

Wir sollten in Deutschland alles tun, damit eine solche Entwicklung bei uns nicht eintritt. Ich halte es für verantwortungsvoll, dass die Kanzlerin, Herr Steinbrück, die Bundesregierung gemeinsam mit den deutschen Banken einen entsprechenden Crash, einen vergleichbaren Dominoeffekt in Deutschland und Europa, der unverantwortliche Folgen hätte, vermeiden wollen.

Aus den USA droht auch weiterhin nichts Gutes. Die Hedgefonds bewegen sich nahe an der Handlungsunfähigkeit. Die Wall Street, der Aktienmarkt bricht weg. Gewerbeimmobilien werden folgen, und die Ratenzahlungen über Kreditkarten werden ebenfalls nicht stabil sein.

Umso dankbarer bin ich, dass in Deutschland und in Baden-Württemberg drei starke Säulen der Bankenwirtschaft bestehen. Mehr denn je sagen wir auch gegenüber der Europäischen Kommission: Wir halten an Volksbanken, an Sparkassen und an unserer Landesbank, der LBBW, fest, und wir glauben nicht, dass in Zukunft nur Geschäftsbanken, gar amerikanischer Art, das Richtige für die Finanzierung im Dienste der Bürger und der Wirtschaft in Baden-Württemberg sind.

Wir haben Vertrauen in unsere Sparkassen, in die Volksbanken und auch in die Geschäftsbanken. Ich kann Ihnen versichern, dass die Landesbankgruppe Baden-Württemberg die stabilste aller Landesbanken überhaupt ist. Objektiv ist sie in den Jahren 2007 und 2008 in ihrer Arbeit auch etwas geschwächt, aber sie wird im Vergleich zu anderen Landesbanken gestärkt aus dieser Entwicklung hervorgehen.

Trotzdem gehen wir in unserer Haushaltspolitik von einer sich verschlechternden Konjunktur und sogar von einer Rezession aus. Ich rechne damit, dass uns die Steuerschätzung erstmals im November, was die Steuermehreinnahmen betrifft, ein Minus aufzeigen wird. Die Einnahmen werden im nächsten Jahr höher sein als in diesem Jahr, aber der Zuwachs wird nicht dem entsprechen, was im vergangenen Mai vorhergesagt worden war. Dennoch werden wir unsere Haushaltspolitik weiterverfolgen. Wir legen Ihnen für das nächste Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vor, und wir werden gegebenenfalls weitere Folgerungen aus der Steuerschätzung ziehen und Ergänzungen vornehmen, damit in Baden-Württemberg in jedem Fall im nächsten Jahr die schwarze Null den Haushaltsvollzug prägt.

Bei vielen Fragen der Wirtschaft mischen wir uns auch in die Bundespolitik ein und erheben unsere Stimme im Bundesrat. Erstens setzen wir uns dafür ein, dass eine Steigerung der Lohnnebenkosten vermieden werden kann; denn hier droht erhebliches Ungemach. Wir haben in der Bundespolitik lange plakatiert und endlich erreicht, dass die gesetzlich bedingten Lohnnebenkosten maximal 40 % betragen.

Vor wenigen Tagen hat die AOK Baden-Württemberg ihren Beitragssatz von 14,5 % um 0,6 Prozentpunkte auf 15,1 % erhöht. Am nächsten Montag wird die Bundesregierung den einheitlichen Krankenkassenbeitragssatz festlegen; wir gehen von 15,5 % aus. Das heißt, wir haben einen Sprengsatz auf dem Gesundheitsmarkt, und wir haben kaum Absenkungspotenzial im Rentenbereich. Umso eher ist die letzte Stellschraube von Gewicht: indem man die Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf deutlich unter 3 % absenken kann, damit man die 40 % Lohnnebenkosten näherungsweise hält.

Trotzdem werden in den nächsten Jahren steigende Haushaltsmittel des Bundes, steigende Steuerfinanzierungsbeiträge für die Versicherungsfinanzierung für unsere Sozialkassen notwendig sein. Wir legen allergrößten Wert darauf, dass wir die 40 % Lohnnebenkosten halten, damit dies ein Faktor für Wirtschaftswachstum und gegen

Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft bleibt und der Arbeitnehmer nicht wegen zu großer Abzüge vom Brutto weniger netto als bisher hat.

Des Weiteren ist die Frage der Erbschaftsteuer aktuell. Auch dazu ist unsere, ist meine Position klar: Wir müssen alles dafür tun, dass der investitionsintensive Mittelstand nicht benachteiligt wird. Ich lehne die Abschaffung der Erbschaftsteuer ab. Natürlich wäre die Abschaffung für manchen die beste Reform. Aber als die Vermögensteuer nach dem Halbteilungsgrundsatz für verfassungswidrig erklärt wurde, haben wir alle gemeinsam gesagt: Substanzbesteuerung jedes Jahr ist nicht mehr der Fall, Vermögen werden nicht jedes Jahr etwas geschwächt; aber alle 30 Jahre im Erbfall ist es zumutbar, dass Substanz, dass Vermögen etwas für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben erbringt. Deswegen legen wir auf die 4 Milliarden € Gesamtsteuereinnahmen Wert. 600 Millionen € davon gehen nach Baden-Württemberg. Ich wüsste im Augenblick nicht, wie man 600 Millionen € Steuermindereinnahmen bei einem Wegfall der Erbschaftsteuer ausgleichen könnte.

Umgekehrt wollen wir, dass in den Verhandlungen ab nächsten Montag einige wichtige Nachbesserungen noch vorgenommen werden. 15 Jahre Haltefrist sind unzumutbar, für den Strukturwandel der Wirtschaft viel zu lang. Das Fallbeil wäre der falsche Weg. Wir müssen einen Weg finden, wie Familienstämme mit nicht nur ein, zwei Erben, sondern mit 80, 100, 200 Erben im Ganzen überhaupt noch umsetzbar sind.

Das heißt, wir mischen uns für sachgerechte, praxisnahe und mittelstandsfreundliche Lösungen ein. Wir halten eine Reform der Erbschaftsteuer zum 1. Januar statt des Wegfalls für den richtigen Weg. Damit könnte auch die Große Koalition zeigen, dass sie bei aktuellen wichtigen Fragen noch handlungsfähig ist.

Mit der sich nähernden Bundestagswahl gewinnt die Frage von Steuersenkungen an Gewicht. Auch dazu meine klare Position: Steuersenkungen für den Lohnsteuerzahler und den Einkommensteuerzahler, das heißt höhere Freibeträge für alle oder ein flacherer Tarifverlauf, ein später einsetzender Spitzensteuersatz sind richtig und wünschenswert.

Aber die Reihenfolge muss ebenfalls klar sein. Man darf Steuersenkungen nicht auf Pump finanzieren. Solange der Bund noch 10, 12 Milliarden € neue Schulden macht, solange der Haushaltsausgleich noch längst nicht allen Ländern gelingt, hat für mich die Haushaltskonsolidierung, der Weg, dass die öffentlichen Hände insgesamt ohne Schulden in die Zukunft gehen, Vorrang vor allem, was an Steuersenkungen wünschenswert ist.

Zweitens hat für mich Vorrang, dass man die Lohnnebenkosten stabil halten kann. Wenn man die Lohnnebenkosten stabil halten will, braucht man mehr Haushaltsmittel. Das heißt, eine verstärkte Finanzierung der Krankenversicherungsaufgaben durch den Bundeshaushalt hat ebenfalls Vorrang vor jeder wünschenswerten Steuersenkung.

Drittens will ich den Bund daran erinnern, dass er seine Pflichtaufgaben nicht länger vernachlässigen darf. Was der Bund im Bundeshaushalt für den Bundesfernstraßenbau, für den Bundesschienenwegebau stehen hat, entspricht keineswegs dem, was

wir vor Ort an Bedarf kennen, entspricht keineswegs dem Arbeitsmarkt, der Arbeitswelt und der Wirtschaft. Ich fordere den Bund auf, vor Steuersenkungen etwas mehr für die Infrastruktur, für die Zukunft unseres Landes zu tun.

Ich will sie nicht verhindern, ich will sie in zweierlei Richtung verändern. Wenn Sie mit dem Mittelstand der Spediteure sprechen würden, was wir tun, dann wüssten Sie, dass eine Erhöhung auf einen Schlag das Aus für weite Teile der mittelständischen Wirtschaft und für das Wachstum der großen Teilnehmer wie Schenker und andere wäre. Dies will ich in Baden-Württemberg ausdrücklich nicht.

Zweitens Herr Kollege Kretschmann: Die Lkw-Maut wurde vor einigen Jahren im dritten Anlauf eingeführt. Die Einnahmen daraus steigen Jahr für Jahr, aber im Straßenbau kommt gar nichts an. Das heißt, der Lkw-Fahrer fährt und fährt, der Spediteur bezahlt, wir bezahlen mit. Aber mit jedem Euro an Mehreinnahmen aus der Lkw-Maut wird der alte Ansatz im Bundeshaushalt gekürzt. Das ist der falsche Weg. Jetzt sage ich einmal in Ihre Richtung: Als Rot-Grün regiert hat – Grün waren ja wohl Sie – , war der Bundesfernstraßenbau mit 1 Milliarde € höher als heute finanziert. Mir wäre es nicht im Traum eingefallen: Grün raus, Schwarz rein, 1 Milliarde € für den Straßenbau weniger. Dies müssen wir korrigieren. Dies muss vorrangig vor Steuersenkungen sein.

Der zweite Schwerpunkt der Landesregierung bleibt die Pflege von Wirtschaft, bleibt ein guter Arbeitsmarkt. Mit einer für den September errechneten Arbeitslosenquote von 4,0 % liegt Baden-Württemberg unverändert sehr gut. Wir werden im Rahmen unserer Kompetenzen alles dafür tun, und zwar regional und treffsicher, dass die Arbeitsmärkte in allen Regionen Baden-Württembergs gut bleiben und ein Wachstum der Wirtschaft zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen führt. Ich glaube unverändert, dass Vollbeschäftigung die beste Form der Sozialpolitik ist. Die Vollbeschäftigung haben wir in Baden-Württemberg näherungsweise erreicht.

Sparen ist für uns kein Selbstzweck. Wir wollen daneben auch investieren. Unsere Politik für Kinder, für Bildung und für Wachstum will vor allem eines: Unsere Kinder sollen eine gute Zukunft haben – Baden-Württemberg, das „Kinderland“ Nummer 1.

Wir haben uns das Ziel gesetzt, bestmögliche Bildungschancen für alle Kinder und in allen Teilen des Landes anzubieten. Bildung ist zu Beginn dieses Jahrhunderts das, was soziale Sicherung am Ende des 19. Jahrhunderts war, nämlich die Voraussetzung für eine gute Zukunft.

Dabei bauen wir auf einem guten Fundament auf: Unser Land hat bundesweit mit 5,9 % die geringste Quote von Schulabgängern ohne Abschluss und bietet beste Perspektiven zum Bildungsaufstieg: Fast 50 % aller Schülerinnen und Schüler, also fast jedes zweite Kind, schaffen in Baden-Württemberg die Voraussetzungen für ein Studium. 50 % davon wiederum schaffen dies über einen beruflichen Abschluss.

Meine Bitte ist: Betrachten wir nicht nur das allgemeinbildende Gymnasium, betrachten wir die zweiten und dritten Wege, die zur Hochschulreife führen, endlich etwas intensiver.

Von 100 Schulabgängern haben 50 die Hochschulzugangsberechtigung, und 25 davon haben diese über einen beruflichen Abschluss erreicht. Diese Vielfalt von Wegen entlang der Begabungen setzen wir in Baden-Württemberg fort.

Als Folge davon hat Baden-Württemberg die höchste Quote von Hochschulabschlüssen unter allen Flächenländern. Ich glaube, das ist ein gutes Zeugnis für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Schülerinnen und Schüler im Land. Abschlusszeugnisse aus Baden-Württemberg sind in Deutschland ein exzellentes Markenzeichen. Dies halten wir zugunsten unserer Kinder auch in Zukunft ein.

So schreibt die „Stuttgarter Zeitung“ im Juli dieses Jahres – ich zitiere –: *„Baden-Württemberg verfügt über gute Schulen, die in Deutschland keinen Vergleich scheuen müssen. Auch international stehen sie gut da. Wer aus dem Südwesten wegzieht, – was niemand freiwillig tut – der darf zuversichtlich sein, dass sein Kind in jedem anderen Bundesland mühelos den Anschluss im Unterricht findet. Das ist ein Erfolg der Stuttgarter Regierungspolitik.“*

Was die „Stuttgarter Nachrichten“ gestern durch Umfragen zutage gefördert haben, ist doch erhellend, gerade für Sie: Die Mehrheit der SPD-Wähler lehnt den Weg zur Einheitsschule ab und hält an Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen fest.

Mein Rat ist: Machen Sie keine getürkten Umfragen. Reden Sie mit Ihren Wählern, solange es diese in Baden-Württemberg überhaupt noch gibt.

Wir wollen keinen ideologischen Ansatz, keine Schulstrukturdiskussion. Diese hatten wir in den Siebzigerjahren. Sie hilft keinem einzigen Kind. Theoretische Debatten über die Abschaffung der Hauptschule bringen nichts. Sie schaden den Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften an den über 1.200 Hauptschulen im Land. Es ist eben auch ein Verdienst unserer Hauptschulen, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg bundesweit die niedrigste ist.

Das heißt, unsere Kinder aus der Hauptschule, aus der Realschule und aus dem Gymnasium bekommen einen Anschluss in der Weiterbildung und in der Arbeitswelt, während die SPD-Einheitsschulen für eine weit höhere Jugendarbeitslosenquote mitverantwortlich sind.

Die heutige Hauptschule ist für uns keine Restschule. Sie ist nicht die Schule der weniger Gescheiten; sie ist die Schule für diejenigen, die sich mehr auf das Praktische verstehen. Für das Profil und den Geist unserer Schulen macht es einen gewaltigen Unterschied, ob wir unsere Kinder über ihre Schwächen oder über ihre Stärken definieren. Wir wollen die Stärken der Kinder stärken. Dafür sind die Gliederungen des Schulwesens auch in Zukunft der richtige Weg.

Und wir entwickeln unsere Hauptschulen zu Werkrealschulen weiter. Für uns ist die Werkrealschule nicht gleichartig, nicht gleich, aber gleichwertig mit der Realschule. Damit erhöhen wir die Durchlässigkeit unseres Schulsystems weiter. Jede Hauptschule mit mindestens zwei Zügen erhält die Möglichkeit, nach dem zehnten Schuljahr die mittlere Reife zu vergeben. Kleinere Klassen, individuelle Ansprache und Ganztagsbetreuung führen dazu, dass die Werkrealschule der Zukunft den Kindern



auf dem Weg in den Arbeitsmarkt mindestens gleich gute Chancen wie die Realschule bieten kann.

Ich stimme der „Pforzheimer Zeitung“ vom 4. September dieses Jahres ausdrücklich zu – ich zitiere –: *„... von einem Stillstand im baden-württembergischen Bildungssystem oder davon, dass die Bedeutung dieses Themas verschlafen worden sei, kann nicht die Rede sein.“*

Gerade erst vor wenigen Wochen haben wir, haben die Fraktionen von CDU und FDP/DVP im Landtag die Qualitätsoffensive Bildung mit 530 Millionen € auf den Weg gebracht.

Mit dem Haushalt 2009 setzen wir die erste Stufe um. Wir halten Wort: Wir erarbeiten ein Konzept, wir bringen es ein, wir verabschieden es, und es wird dann in den Jahren darauf, wie versprochen, finanziert. Die Qualitätsoffensive beginnt 2009. Sie führt dazu, dass die Schule in Baden-Württemberg dauerhaft gestärkt wird.

Wer einfach, wie jüngst der der SPD angehörende Bildungssenator in Berlin, das Niveau von Bildungsabschlüssen senkt, hilft den Kindern nicht. Schulabschluss zum Schnäppchenpreis ist keine Garantie für gute Lebenswege unserer Kinder, im Gegenteil. Für das Leben wie für den Beruf ist entscheidend, was Kinder in der Schule lernen und was nicht. Bildungsgerechtigkeit heißt für uns auch Abschlussgerechtigkeit. Wir setzen unseren Weg einer differenzierten Bildungskulisse in Baden-Württemberg fort.

Dies gilt gerade auch für sozial schwache Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund. Hier haben wir Nachholbedarf. Dies sage ich auch selbstkritisch. Durch mehr Ganztagschulen, durch den Ausbau der frühkindlichen Bildung, durch die Einführung einer notwendigen Zahl an Kinderkrippen, durch die Entwicklung des Kindergartens, der zur Kinderschule wird, wollen wir erreichen, dass die wichtigsten Lebensjahre für Kinder – die nach der Geburt bis zum zehnten Lebensjahr – im Mittelpunkt des Ausbaus und der Investition in die Zukunft stehen. Dies kündige ich ausdrücklich an, weil ich will, dass alle neugeborenen Kinder in Baden-Württemberg – egal, aus welchem Umfeld – gleichermaßen chancenreich sind. Chancengleichheit am Anfang ist mir in besonderem Maß ein Ziel.

Die Qualitätsoffensive Bildung steht für einen Klassenteiler, der schrittweise auf 28 gesenkt wird, steht für 3.200 zusätzliche, neue Lehrerstellen über die bisherige Stellenzahl hinaus, steht für die Stärkung der Hauptschule und der Werkrealschule, steht für den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung und steht dafür, dass auch in Zukunft das Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“ im ländlichen Raum gilt.

Wir glauben, dass dieses Konzept vor Ort umgesetzt wird. Die Partnerschaft mit den Kommunen ist schon absehbar. Kurzum: Das „Kinderland“ Baden-Württemberg wird mit dieser Qualitätsoffensive weiter realisiert.

Aber wir nehmen bei unseren Maßnahmen weiter die freie Entscheidung von Eltern und Familien sehr ernst. Unsere Anerkennung gilt den Eltern, die ihre Kinder selbst

betreuen möchten, ebenso wie denjenigen, die auf externe Betreuung angewiesen sind. Pflichtbetreuung ganztags wird weiterhin nicht unser Programm für die Kinder in Baden-Württemberg sein.

Dieses duale Konzept mit Betreuung und mit Elternverantwortung kommt auch im Haushalt ganz klar vor: Wir bauen die Betreuungsplätze im Land auf die dreifache Zahl aus. Wir haben das einkommensabhängige Landeserziehungsgeld im Anschluss an das Elterngeld in Baden-Württemberg für die Zukunft finanziert. Das Programm STÄRKE mit Elternkompetenzen kommt hinzu.

Wir führen flächendeckend neue Einschulungsuntersuchungen ein, und die Sprachförderung wird in Baden-Württemberg flächendeckend angeboten. Die Finanzierung sichern wir ausdrücklich zu.

Kurzum: Nicht wir entscheiden, wo nachmittags die Kinder sind. Dies entscheiden die Eltern. Aber die Elternentscheidung ist für uns die Vorgabe für den Ausbau der öffentlichen Betreuung.

Ich glaube, dass dies sehr wohl dem Leitbild von Familie und Gesellschaft, von Schule und Betreuung in Baden-Württemberg entspricht.

Am anderen Ende des „Kinderlands“ geht es um Wissenschaft, um Lehre und um Forschung. Wenn irgendwo die Politik der Landesregierung von Dritten mit dem Prädikat „erfolgreich“ bewertet wird, dann dort.

Ich danke ausdrücklich den Vorgängerregierungen. Wir bauen in diesen Jahren auf dem Fundament der Regierungen von Lothar Späth und von Erwin Teufel auf. Hochschulerfolge kommen nicht von jetzt auf nachher. Dass von neun Eliteuniversitäten in Deutschland vier in Baden-Württemberg – besser gesagt, in Baden: Konstanz, Freiburg, Karlsruhe, Heidelberg – liegen, dass von vielen Anträgen auf Graduiertenschulen, Exzellenzcluster, Zukunftskonzepte die Mehrzahl aus Baden-Württemberg sind, dass Baden-Württemberg vor Bayern das Land der Exzellenz in der Wissenschaft geworden ist, hat mit den letzten 25 Jahren einer Schwerpunktbildung für die Investition in Wissenschaft und Forschung bei Staat, bei Instituten und in der Wirtschaft zu tun.

Wir werden hier nicht nachlassen. Wir werden jetzt investieren, damit unsere Nachfolger in zehn, in 15 und 20 Jahren genauso erfolgreich mit den Wissenschaftlern auf diesem Geschäftsfeld für die Jugend in Baden-Württemberg in die Zukunft gehen.

In keinem anderen Flächenland werden pro Einwohner mehr Akademiker ausgebildet als in Baden-Württemberg. Doch wir werden nochmals einen Anstieg der Studierendenzahlen erleben. In den nächsten vier Jahren werden wir deswegen die Zahl der Studienanfängerplätze in Baden-Württemberg um 16.000 erhöhen. Wir schaffen in Schwäbisch Hall, in Tuttlingen und in Backnang neue Hochschullehrorte, wir stärken die Berufsakademien, kurzum, wir entwickeln unsere tertiäre Bildung so weiter, wie es der Arbeitsmarkt von morgen nachfragt und wie es die Jugend von heute benötigt. Baden-Württemberg bleibt auch im tertiären Bereich exzellent.

Wir wollen die führende Rolle Baden-Württembergs als Innovationsmotor Deutschlands erhalten und ausbauen. Drei Großprojekte seien dafür beispielhaft genannt: erstens das KIT, das Karlsruher Institut für Technologie. Durch die Fusion der Uni Karlsruhe – einer Eliteuni – mit dem Forschungszentrum Karlsruhe wird mit rund 8.000 Mitarbeitern und einem Budget von einer halben Milliarde Euro pro Jahr eine weltweit angesehene Wissenschaftseinrichtung geschaffen. KIT kommt nicht von ungefähr von MIT; da geht es darum, dass man damit in der Champions League mithalten kann. Ich halte dies für eine ideale und geniale Fusion.

Zweitens: Unser Innovationsrat Baden-Württemberg wird Impulse für das Hochschul- und für die Forschung vorlegen. Die Arbeiten dafür sind im Plan. Drittens: Bei den wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen, von denen es nirgendwo so viele wie in Baden-Württemberg gibt, deren Gebäude in die Jahre gekommen sind, werden wir in den nächsten Jahren, beginnend mit dem Haushalt 2009, eine Investitions- und Sanierungsoffensive starten, um neue Arbeitsfelder zu erschließen, Erweiterungsbauten zu ermöglichen und bestehende Bauten zu modernisieren, damit der Vorsprung bei der hochschulnahen Forschung in Baden-Württemberg von Fraunhofer, von Helmholtz, von der DFG, von Steinbeis und von anderen erhalten bleiben kann.

Neben der Haushaltspolitik, neben dem Arbeitsmarkt und der Wirtschaftsförderung, neben dem „Kinderland“ Baden-Württemberg widmen wir den vierten Schwerpunkt wie in den letzten zweieinhalb Jahren auch in der Zukunft dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Hier haben wir Nachholbedarf. Baden-Württemberg bleibt Wachstumsland. Die Zahl der Einwohner bei uns nimmt zu. Baden-Württemberg ist ein Land der industriellen und gewerblichen Produktion, hier sind Waren, Güter und Menschen zu befördern. In diesem Herzen Europas, wo die Verkehre von Nord nach Süd und von West nach Ost überall durchfließen, müssen wir noch mehr für Schienen, für Wasserstraßen und für Straßen in Baden-Württemberg tun.

Ich möchte Ihnen versichern, dass mir dabei ganz Baden-Württemberg wichtig ist: vom Hochrhein bis vor die Tore von Würzburg, von Karlsruhe bis nach Ulm, von der Gäubahn bis zur Südbahn. Meine Bitte ist: Wenn ein Durchbruch bei einer Straße oder einer Schiene erreicht worden ist, sollten die anderen Regionen nicht neidisch sein. Es kommt jeder dran. Aber es kann immer nur einer zum Zug kommen.

Wenn die eine Schiene, die erfolgreich ist, in anderen Regionen nicht anerkannt wird, erreichen wir in Berlin nichts. Denn leider geht es um Folgendes: Der Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur entscheidet sich in Berlin. Wir müssen in Berlin die Lobbyarbeit fortführen – das tun wir –, und zwar bei Herrn Tiefensee, bei Herrn Steinbrück, bei Frau Merkel.

Wir müssen erreichen, dass dieses Thema in der nächsten Bundesregierung mehr Gewicht erhält und der Verkehrsbereich mehr Mittel bekommt. Wir in Baden-Württemberg haben allein für den Straßenbau, für den Bundesfernstraßenbau fertige Pläne im Volumen von 1,3 Milliarden €, bei denen morgen eine Ausschreibung und in der nächsten Woche ein Baubeginn möglich wäre.

Wir brauchen eine weitere Dreiviertelmilliarde Euro, damit bestehende Maßnahmen, die im Bau sind, durchfinanziert werden können. Für eine weitere Dreiviertelmilliarde

Euro haben wir Planungen. Baden-Württemberg könnte in den nächsten Jahren für 2,8 Milliarden € Straßen bauen – keine neuen Straßen, sondern da geht es um die Ertüchtigung bestehender Trassen, um fünfte oder sechste Streifen oder um Ortsumfahrungen.

Wir fordern den Bund zur Bereitstellung von deutlich mehr Mitteln im Schienenwegebau und im Straßenbau auf und sorgen dann dafür, dass diese gerecht im Land verteilt werden, damit dies zu wirtschaftlicher Stärkung, bürgerlicher Entlastung, mehr Verkehrssicherheit und mehr Lebensqualität in den Städten und Gemeinden führt. ...

Wir kämpfen für die Strecke Stuttgart–Ulm genauso wie für Frankfurt–Mannheim oder für die Rheintalbahn, die so geplant werden muss, dass der Lärm für die Bürger zumutbar ist. Wir kämpfen für die Autobahnen im ganzen Land. Kurzum: Ich will auch in den nächsten zweieinhalb Jahren alles tun, damit der Rückstand im Bereich der Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg Stück für Stück wettgemacht wird. Dies sage ich für alle Räume Baden-Württembergs mit gleichen Schwerpunkten zu.

Neben diesen Schwerpunkten erwähne ich am Schluss zwei weitere. Zum einen die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie: Mir ist eine Umweltpolitik ohne Ideologie sehr wichtig. Mir ist wichtig, dass das Konzept der Nachhaltigkeit im ganzen Land von möglichst vielen Bürgern mitgetragen wird. Wir haben mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz Erfolg gehabt. Wir steigern unsere Maßnahmen zur Energieeffizienz. Wir liegen schon heute bei allen Maßnahmen, die den Klimawandel bekämpfen und den Klimaschutz steigern sollen, bundesweit mit vorn. Dies gilt für Fotovoltaik und Wasserkraft. Dies gilt für sparsamen Energieverbrauch.

Wir wollen eine Energiepolitik, die das Energiesparen stärkt und die Energieeffizienz erhöht, die aber auch die Abhängigkeit von anderen Ländern, was Rohstoffe angeht, nicht hinnehmen will.

Ich fand es bemerkenswert, dass Cem Özdemir den Bau von Kohlekraftwerken für vertretbar gehalten hat und dass sein Förderer Joschka Fischer dies ebenfalls tut.

Deswegen werden Sie einige Fragen beantworten müssen. Wer Kernkraftwerke abschalten will und neue Kohlekraftwerke nicht mehr akzeptiert, sondern bekämpft, ist unglaublich von A bis Z.

Wer die Abhängigkeit von Gas nicht erhöhen will, wer vom Öl weg will und wer sieht, dass in wenigen Jahren Autos durch Strom betrieben werden, muss irgendetwas für die stabile Stromgewinnung tun. Überall nur Nein zu sagen ist kein Weg, der gangbar und glaubwürdig ist. ...

Baden-Württemberg ist und bleibt ein kulturell vielfältiges, weltoffenes Land. Dafür ist der Integrationsplan die entsprechende Anleitung. Ich danke meinem Kollegen Goll für die Vorbereitung. Wir wollen dafür sorgen, dass in Baden-Württemberg jeder, der auf Dauer oder auf Zeit hier lebt, Integrationsbereitschaft spürt und sich in die Arbeitswelt, das Wohnumfeld, die Freizeitgesellschaft und die soziale Vernetzung einbringen kann.

Dafür sind die Schulen der wichtigste Ort. Schulen vermitteln Werte, Schulen vermitteln Demokratie. Wir wollen, dass der konstruktive Dialog gerade mit anderen Religionen bei uns ohne Vorbehalte fortgeführt wird. Das Land, die Kirchen und die Wissenschaft nehmen im Ländervergleich längst eine Vorreiterrolle ein. Dass in Karlsruhe die entsprechende Pädagogische Hochschule ist und Rheinland-Pfalz dort ebenfalls Lehrer ausbildet, zeigt, dass Baden-Württemberg den Kopf nicht in den Sand steckt, sondern Entwicklungen der Gesellschaft aufgreift und darauf offensiv reagiert.

Wir bekämpfen Extremismus und Parallelgesellschaften entschieden auch dadurch, dass wir jeden respektieren und fördern, der sich mit uns gemeinsam für Frieden und Integration einsetzen will, egal, welcher Herkunft, Religion, Rasse, Hautfarbe er auch ist.

So bleibt Baden-Württemberg lebenswert und erfolgreich. Das Kapital unseres Landes sind seine Menschen. Ihnen verdanken wir unseren Reichtum an kreativen - Ideen, unsere kulturellen Leistungen, unser soziales Miteinander, unsere hohe Lebensqualität. Wir sind stolz auf das, was alle Menschen in Baden-Württemberg für sich und für das Land getan haben, stolz auf das, was wir gemeinsam erreicht haben.

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen in meinem Kabinett, und ich danke auch der CDU-Fraktion und der FDP/DVP-Fraktion, die uns tragen.

Im Ländervergleich – dies zeigt sich in diesen Tagen besonders stark – und auch im Vergleich zur Bundesregierung haben wir in Baden-Württemberg eine Regierung, die zu den stabilsten und stärksten gehört.

Der Vergleich mit Kiel, Hamburg, Berlin, München, Wiesbaden, Potsdam und Dresden zeigt: Wir haben allen Grund, mit Entschiedenheit, mit Tatkraft, mit Bürgernähe und mit Gelassenheit bei einer guten Ausgangslage des Landes, seiner Wirtschaft, seiner Menschen in die nächsten zweieinhalb Jahre zu gehen. Wir heben nicht ab. Wir setzen unsere Arbeit fort und wollen damit einen Beitrag dazu leisten, dass unsere Kinder einmal sagen: Die haben das meiste richtig gemacht und haben die Weichen für eine gute Zukunft ordentlich gestellt.

Vielen Dank.